Zusammenstellung der steuer- und finanzpolitischen Positionen
in den Wahlprogrammen von CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

	CDU CSU **„Politikwechsel für Deutschland“**	SPD **„Mehr für Dich. Besser für Deutschland.“**	gruene.de **„Zusammen wachsen“**	Freie Demokraten FDP **„Alles lässt sich ändern“**
Besteuerung von Einkommen	- schrittweise Abflachung des Tarifs - Erhöhung des Grundfreibetrages - Erhöhung der Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz - regelmäßiger Ausgleich der kalten Progression - Erhalt des Ehegattensplittings und stärkere Berücksichtigung von Kindern - Erhöhung der Pendlerpauschale - steuerfreie Überstundenzuschläge bei Vollzeitbeschäftigung	- Entlastung der großen Mehrheit der Steuerpflichtigen und höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen und -vermögen - Abschaffung des steuerfreien Verkaufs von nicht selbst genutzten Immobilien nach zehn Jahren - Reform des Ehegattensplittings für neu geschlossene Ehen und Einführung eines Wahlrechts für bestehende Ehen	- Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrags auf mindestens 1.500 Euro - Erhöhung des Grundfreibetrages - Steuergutschriften für niedrige Einkommen - Geschlechtergerechte Reform des Ehegattensplittings (individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag für neu geschlossene Ehen)	- stufenweise Einführung linear-progressiven Tarifs mit Beseitigung des Mittelstandsbauchs - Anhebung des Grundfreibetrags schrittweise um 1.000€ - Anhebung des Spitzensteuersatzes (ab 96.600€), Orientierung an der BMG der Rentenversicherung - automatischer Ausgleich der kalten Progression (Tarif auf Rädern) - Zuschläge für Überstunden bei Vollzeitarbeit von der Lohnsteuer befreien
Besteuerung von Unternehmen	- schrittweise Senkung der Unternehmensteuerbelastung auf maximal 25 % auf einbehaltene Gewinne - Verbesserung von Optionsmodell und Thesaurierungsbegünstigung - mehr Wahlrechte, Einheitlichkeit und Durchlässigkeit im bestehenden Steuersystem für Kapital- und Personengesellschaften. - Ausweitung des Verlustrücktrags und Abschaffung der Beschränkung des Verlustvortrags durch die Mindestbesteuerung	- steuerliche Entlastung der Unternehmen, aber nicht durch pauschale Steuersenkungen, sondern mit gezielten Investitionsanreizen in Deutschland - Einführung einer Investitionsprämie für Zukunftsinvestitionen in Maschinen und Geräte in Höhe von 10 % über eine Steuererstattung - steuerliche Entlastung für Personenunternehmen, die ihre Gewinne wieder investieren - Einführung einer eigenständigen	- Einführung einer befristeten Investitionsprämie in Höhe von 10 % für alle Unternehmen und alle Investitionen mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen - Steuerschlupflöcher bei Immobiliengeschäften etwa über sog. Share Deals schließen - deutliche Steigerung der Verfolgung schwerer Finanz- und Steuerkriminalität - mehr Transparenz zu Un-	- international wettbewerbsfähigen Unternehmensteuern - Absenkung der Steuerbelastung auf unter 25% (u.a. Senkung der Körperschaftsteuer) - steuerliche Absetzbarkeit fiktiver EK-Zinsen - Einführung eines unbeschränkten Verlustvortrag und weitere Ausweitung des Verlustrücktrags - steuerliche Berücksichtigung von Liquidationsverluste - Wahlrecht auf Abzug einer prozentualen Betriebsausgabenpau-

	CDU CSU „Politikwechsel für Deutschland“	SPD „Mehr für Dich. Besser für Deutschland.“	gruene.de „Zusammen wachsen“	Freie Demokraten FDP „Alles lässt sich ändern“
	- Aktualisierung der Abschreibungsdauern in den AfA-Tabellen (Ziel: digitalisierte Tabellen mit betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern) - Turboabschreibungen als Wachstumsimpuls	Rechtsform „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“	ternehmensteuern und Eigentumsverhältnissen	schale für Kleinunternehmer - Erhöhung der GwG-Sofortabschreibungsgrenze, Erweiterung der Sammelabschreibung, Sonderabschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter und Immobilien - Wiedereinführung der Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren
Solidaritätszuschlag	Abschaffung des restlichen Solidaritätszuschlags	Weiterführung des Solidaritätszuschlags zur Finanzierung der Transformation Deutschlands für Steuerpflichtige mit den höchsten Einkommen und Kapitalgesellschaften	Integration des Solidaritätszuschlages in die Einkommensteuer	vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags
Gewerbesteuer	k. A.; dauerhaft sichere kommunale Einnahmenquelle	k. A.	k. A., wirksame Maßnahmen gegen Gewerbesteuerdumping von Kommunen	- Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche Alternative ersetzen - Abschaffung von Hinzurechnungstatbeständen
Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen	- keine Belastung der Familienunternehmen in der Substanz im Rahmen der Erbfolge, Vereinfachungen in der Unternehmensnachfolge - Erhöhung der Freibeträge bei der ErbSt (Eigenheim in höherem Maße steuerfrei) - Abzugsfähigkeit für Kosten für energetische Sanierung	- Reform der Erbschaftsteuer mit dem Ziel einer effektiven Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen und für vermögenshaltende Familienstiftungen - Erhöhung der persönlichen Freibeträge (selbst genutztes Familienheim bleibt unangetastet)	- Reform der Erbschaftsteuer mit personenbezogenem Lebensfreibetrag und Streichung der Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer für außerordentlich große Erbschaften, weitgehende und großzügige Stundungsregelung - Steuerfreiheit von selbstgenutztem Eigentum	- keine Existenzgefährdung für Unternehmen durch die Erbschaftsteuer - automatische Anpassung der Freibeträge an die Inflation

	CDU CSU „Politikwechsel für Deutschland“	SPD „Mehr für Dich. Besser für Deutschland.“	gruene.de „Zusammen wachsen“	Freie Demokraten FDP „Alles lässt sich ändern“
Besteuerung von Vermögen	- Ablehnung einer Vermögensteuer, stattdessen Unterstützung der privaten Vermögensbildung	- Revitalisierung der Vermögensteuer für sehr hohe Vermögen - Unterstützung einer international koordinierten Mindeststeuer für Superreiche	- globale Milliardärssteuer - gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher - nationale Vermögensteuer - Zuschuss zum Fondssparen und Erhöhung des Sparerfreibetrages	Ablehnung jeglicher Form einer Vermögensteuer und Vermögensabgabe
Globale Mindesteuer / Digitalsteuer	- k.A.	einheitliche Basis-Körperschaftsteuer von 15 % auf einer einheitlichen Bemessungsgrundlagen in Europa	Einsatz in der EU für eine Europäische Digitalkonzernsteuer, wenn die USA die globalen Vereinbarungen über die Besteuerung digitaler Großkonzerne nicht mehr umsetzen sollten	- k.A.
Energie- und Stromsteuer	- Senkung der Stromsteuer. Der Strom muss für alle schnell und spür bar günstiger werden. - Steuerbefreiung alternativer Kraftstoffe wie Biokraftstoffe und synthetische Kraftstoffe	- Entfristung der Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß - Umwandlung der Luftverkehrsteuer in eine EU-Klimaabgabe, die von allen Airlines gezahlt wird, auch von denen außerhalb Europas	Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum	- Absenken der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß und Einsatz in der EU für ihre Abschaffung - sukzessive Abschmelzung der EU-Mindestsätze für die Energiesteuer auf Heiz- und Kraftstoffe bis auf Null - mittelfristige Abschaffung der Kfz-Steuer - Streichen der Luftverkehrsteuer.
Finanztransaktionsteuer	k.A.	Einführung einer FTT, möglichst im Einklang mit europäischen Partnern	k.A.	- Ablehnung der FTT
Abgeltungsteuer	k.A.	- Abschaffung der Abgeltungsteuer - Besteuerung von Kapitaleinkünften wieder über den Einkommensteuertarif	Schließen des Auseinanderklaffens bei der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften	Verlustverrechnungsbeschränkung innerhalb der Abgeltungsteuer vollständig abschaffen

	CDU CSU „Politikwechsel für Deutschland“	SPD „Mehr für Dich. Besser für Deutschland.“	gruene.de „Zusammen wachsen“	Freie Demokraten FDP „Alles lässt sich ändern“
Digitalisierung/ KI im Besteuerungs-verfahren	- weitere Digitalisierung und Automatisierung unter Einsatz von KI mit dem Ziel einer vollautomatisierten Veranlagung - zügigere, stärker automatisierte Betriebsprüfung bei Verkürzung der Aufbewahrungsfrist auf einheitlich fünf Jahre	- vorausgefüllte Steuererklärung zum Standard machen - Beschleunigung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben, KI nutzen.	- Digitalisierung als wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung - „Once only-Prinzip“ bei der Dateneinreichung.	- effizientere und digitalere Finanzverwaltung - konsequentes „Once-only-Prinzip“ - vollautomatisierte Einkommensteuerveranlagung als Ziel
Mitteilungspflicht von (nationalen) Steuergestaltungen	k.A.	Einführung einer Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen	k.A.	k.A.
Umsatzsteuer	- Einführung des Verrechnungsmodells bei der Einfuhrumsatzsteuer - Reduzierung der USt in der Gastronomie auf 7%	- Senkung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Lebensmittel von 7 auf 5% - Bekämpfung USt-Betrug in bargeldintensiven Branchen	- aufkommensneutrale Reform zum Abbau ungerechtfertigter Sonderregelungen und Ausnahmen - lokale Besteuerung der Gewinne multinationaler Konzerne zur gerechten Besteuerung beim Onlineversandhandel	- Ausweitung der Ist-Versteuerung - reduzierter UStSatz für Speisen in der Gastronomie von 7% - Importe über große Online-Plattformen sollen angemessen verzollt und versteuert werden
Finanzpolitik und Schuldenbremse	- Festhalten an der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse - solide Haushaltspolitik mit Kassensturz und Hinterfragen aller Ausgaben, insbesondere Subventionen - stärkere ziel- und wirkungsorientierte Haushaltsführung	- Reform der Schuldenbremse für die Länder. Einführung von Ausnahmetatbeständen für wichtige Zukunftsinvestitionen und flexible Ausgestaltung der Defizitregelung, Reform der Notlagenregelung - Finanzierung langfristiger Investitionen über Kredite - Einrichtung eines Deutschlandfonds mit 100 Mrd. Euro - gezielte Förderung zur Erreichung der Klimaziele	- Reform der Schuldenbremse für investive Ausgaben und Ausbau der Konjunkturkomponente - Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen. - Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen - Einführung von Gender Budgeting zur Haushaltssteuerung	- Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. - keine Verschuldungskompetenz der EU - Zurückführung von Subventionen und externe Evaluierung